

Edward Lozansky, der Präsident der American University in Moskau, hat bereits Ende Februar 2019 einen Artikel in der Washington Times veröffentlicht, der immer noch hochaktuell ist.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 042/19 – 05.04.19

Schlafwandeln wir in ein atomares Desaster?

Von Edward Lozansky

The Washington Times, 29.02.19

(<https://www.washingtontimes.com/news/2019/feb/26/crosstalk-are-we-sleepwalking-into-nuclear-disaste/>)

Wenn irgendjemand noch einen Beweis dafür brauchte, dass der frühere demokratische Senator Sam Nunn (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Sam_Nunn) aus Georgia und der ehemalige Energieminister Ernest Moniz (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Ernest_Moniz) Recht hatten, als sie kürzlich in *Politico* (s. unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Politico> und <https://www.politico.com/magazine/story/2019/02/01/russia-us-nuclear-weapons-inf-treaty-analysis-224538>) schrieben, die USA und Russland würden in ein atomares Desaster schlafwandeln, dann hat ihn Wladimir Putin letzte Woche mit seiner jährlich vor dem russischen Parlament gehaltenen Rede an die Nation (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP02419_250219.pdf) geliefert.

Putin hat Washington davor gewarnt, nach der Kündigung des INF-Vertrages neue Raketen in Europa zu stationieren, und angekündigt, dass Moskau dann mit eigenen Waffen (nicht nur die Einrichtungen des US-Raketenabwehrschildes in Europa, sondern auch) die "Entscheidungszentren" in den USA ins Visier nehmen werde. Er erklärte, Russland werde entschlossen auf die Stationierung neuer US-Raketen reagieren, und deshalb sollten die US-Politiker, bevor sie solche Schritte unternähmen, auch die Risiken einkalkulieren, die sie damit eingingen.

Washington und die NATO wiesen diese Drohungen als "inakzeptabel" zurück und forderten Russland auf, sich zuerst einmal selbst auf die "Einhaltung des INF-Vertrages" zu konzentrieren.

Ted Postol vom MIT (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Massachusetts_Institute_of_Technology) hat in einem ausgewogenen Kommentar in der *New York Times* (s. <https://www.nytimes.com/2019/02/19/opinion/inf-treaty-missile-defense.html>) darauf hingewiesen, dass auch die Russen gute Gründe haben, den USA Verstöße gegen den INF-Vertrag vorzuwerfen (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP03319_180319.pdf). Die hätten nämlich damit begonnen, dass sich die Obama-Regierung vor 10 Jahren dazu entschlossen habe, in Europa "Aegis-Raketenabwehrsysteme auch an Land" zu stationieren – mit der unzutreffenden Begründung, damit iranische Raketen abfangen zu wollen. Postol wies darauf hin, dass diese Systeme zur Abwehr ballistischer Raketen völlig nutzlos, zum Abfeuern offensiver US-Marschflugkörper aber sehr gut geeignet seien. Moskau sei deshalb zu Recht über die Stationierung dieser offensiven Systeme in Osteuropa und sehr nahe an seiner Grenze beunruhigt.

Ich möchte nicht auf technische Details (die unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP03319_180319.pdf ausführlich dargestellt werden), sondern auf ein wichtiges Argument eingehen, das Nunn und Moniz vorgebracht haben: In einer Krise solchen Aus-

maßes sei die "Verständigung mit Russland" so wichtig, dass nicht auf den Ausgang der (der inzwischen abgeschlossenen) Untersuchung des Sonderermittlers Mueller (s. <https://www.tagesspiegel.de/politik/ergebnis-der-ermittlungen-gegen-trump-mueller-sieht-keine-verschwoerung-mit-russland/24140034.html>) gewartet werden könne. Der Kongress müsse jetzt sofort aktiv werden.

Das ist leichter gesagt als getan, weil sich in dem in zwei Parteien gespaltenen Kongress kaum mehr als zwei oder drei Mitglieder finden lassen, die auf diese beiden klugen Herren hören würden. Republikaner und Demokraten stimmen praktisch in keiner Frage überein – außer, wenn es darum geht, Russland zu beschuldigen, zu verurteilen und mit Strafmaßnahmen zu belegen, zum Beispiel mit "höllischen Sanktionen," was auch immer das bedeuten mag.

Außerdem werden alle, die es wagen, eine Wiederaufnahme des Dialogs zwischen den USA und Russland zu empfehlen, sogar honorige Herren wie Nunn und Moniz, sofort als Handlanger Putins diffamiert – vermutlich weil es dann sehr viel schwieriger wäre, Moskau aggressive Absichten zu unterstellen.

In der gegenwärtig so hasserfüllten Atmosphäre verdienen die wenigen "US-Dissidenten", die noch darauf hinzuweisen wagen, dass wir uns ohne einen solchen Dialog auf einen Abgrund zubewegen, unser aller Anerkennung. Zu diesen Ausnahmepersönlichkeiten gehört auch der bekannte Geschichtspräsident Stephen F. Cohen (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Stephen_F._Cohen), der an der New York University und in Princeton gelehrt hat, und nun in den Medien und sogar von Akademikern, die bis vor Kurzem noch zu den Kriegsgegnern gehörten, ständig angegriffen wird, weil ihnen sein Buch "War with Russia" (Krieg gegen Russland, s. <https://www.amazon.de/War-Russia-Putin-Ukraine-Russiagate/dp/1510745815>) missfällt.

Nach Cohens Meinung wurde der neue Kalte Krieg von Washington und nicht von Moskau angezettelt, und er hält ihn auch für viel gefährlicher, weil sich daraus ganz schnell ein heißer Krieg entwickeln könnte, Cohen fordert die Rückkehr zur Entspannung und sieht sowohl Trump als auch Putin in der Verantwortung. Er verurteilt "die Hetzpropaganda der Mainstream-Medien" in ihrer Berichterstattung über Russland, über Putin und Trump im Zusammenhang mit "Russiagate" und über viele außenpolitische Probleme.

Cohen erinnert uns an den sowjetischen Dissidenten und Atomphysiker Andrei Sacharow (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Andrei_Dmitrijewitsch_Sacharow); der hatte die Regierung und die Medien der Sowjetunion kritisiert, weil sie – wie es heute die US-TV-Sender CNN und MSNBC tun – Hetzpropaganda verbreitet haben, und einen Dialog mit den USA gefordert.

Weil wir die bittere Wahrheit akzeptieren müssen, dass die Mehrheit der Kongressmitglieder nicht auf die Herren Nunn, Moniz und Cohen hören wird, müssen die US-Bürger dem Beispiel des sowjetischen Dissidenten folgen, und sich selbst dem Marsch in einen atomaren Holocaust in den Weg stellen.

Trump wurde 2016 auch deshalb gewählt, weil er versprochen hat, sich auf innenpolitische Probleme zu konzentrieren, die USA aus den endlosen Kriegen herauszuführen und ihre Rolle als "Weltpolizist" zu beenden. Leider hat er bis heute nicht geliefert, und wenn er 2020 wiedergewählt werden will, muss er seine Wähler davon überzeugen, dass seine Versprechungen noch gelten.

Langsam setzt sich die Einsicht durch, dass wir nicht mehr in einer Welt leben, in der die USA wegen ihrer wirtschaftlichen und militärischen Macht die Vorherrschaft beanspruchen

und dem Rest der Welt die Regeln diktieren können. Ob es den US-Politikern gefällt oder nicht, die Welt ist multipolar geworden. Die US-Regierung muss sich jetzt fragen, ob sie durch stures Festhalten an ihrem überholten unipolaren Weltbild tatsächlich den Untergang der USA und Menschheit riskieren will, denn das hat den USA bisher nur Schulden und neue Feinde eingebracht.

Ein guter Start (in eine bessere Zukunft) wäre ein Dreiergipfel der Präsidenten der USA, Russlands und Chinas oder besser ein Vierergipfel, der auch Indien einschließt. Damit sollte die Erarbeitung neuer Parameter für ein konstruktives internationales Zusammenleben (in Frieden) beginnen. Alles hängt von Trump ab, weil sich die anderen Präsidenten schon als Troika getroffen haben und Trumps Einladung zu einem Vierergipfel sicher akzeptieren würden. Damit könnte Trump nicht nur das Schlafwandeln in einen Atomkrieg beenden, sondern auch anfangen, wichtige Wahlversprechen einzulösen, um Punkte für seine Wiederwahl im Jahr 2020 zu sammeln.

Edward Lozansky ist Präsident der Amerikanischen Universität in Moskau (s. <http://www.iecca.ru/en/the-council/item/118-american-university-in-moscow>).

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Weitere Infos über den Autor sind nachzulesen unter <https://russia-insider.com/en/authors/edward-lozansky> . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The Washington Times

Reliable Reporting. The Right Opinion.

Are we sleepwalking into nuclear disaster?

By Edward Lozansky
February 26, 2019

If anyone needed proof that former Sen. Sam Nunn, Georgia Democrat, and former Secretary of Energy Ernest Moniz were right when they recently wrote in Politico that the U.S. and Russia are sleepwalking toward nuclear disaster, it came last week during Vladimir Putin's annual address to the Russian parliament.

Mr. Putin warned Washington against deploying new missiles in Europe after the collapse of the Intermediate-Range Nuclear Forces (INF) treaty, saying Moscow would install its own weapons targeting not only European missile installations but "decision-making centers" in the United States as well. He said that Russia's reaction to any deployment would be resolute and that U.S. policymakers should calculate the risks before taking any such steps.

Washington and NATO condemned these threats as "unacceptable" and in turn called on Russia to focus on "returning to compliance" with the INF treaty.

However, Ted Postol of MIT presented a more balanced opinion in The New York Times, saying that the Russians have some valid reasons to accuse U.S. of non-compliance as well. This began 10 years back, when the Obama administration started deploying the "Aegis ashore" defense system in Europe, supposedly to shoot down Iranian missiles. Mr. Postol argued that those systems actually would be useless as defense against ballistic missiles but are capable of firing offensive U.S. cruise missiles. Because these Aegis sys-

tems are located in Eastern Europe and close to Russia, those offensive capabilities are rightly worrying Moscow.

Without going into technical details, one obvious point made by Messrs. Nunn and Moniz is that when we have the crisis of this magnitude “re-engagement with Russia is too important to wait for the Mueller probe to end. That means it’s time for Congress to take the lead.”

That is easier said than done since in this highly divided and partisan Congress one can hardly find more than two or three members who would listen to these smart gentlemen. Republicans and Democrats disagree on practically every issue except when they vote to condemn Russia and introduce yet more punitive measures, including a “sanctions bill from hell,” whatever that means.

Moreover, when anyone who dares to say that there is an urgent need for the resumption of U.S.-Russia dialogue is called a Putin stooge even Messrs. Nunn and Moniz, perhaps in the hopes of avoiding such label, took care to blame Moscow for aggression.

Still, in the current atmosphere of hatred those few American “dissidents” who dare to continue expressing their belief that without such dialogue we are moving to the brink deserve credit. One such individual is the distinguished history professor from NYU and Princeton Stephen F. Cohen, despite undergoing continuous attacks in the media and even from an academia which in the not too distant past was in the anti-war mood but now turns against one of their own because of what he says in his book “War with Russia.”

According to Mr. Cohen, this new Cold War was instigated in Washington, not in Moscow and is more dangerous, and more fraught with the peril of a hot war. He calls for a new detente and sees both Mr. Trump and Mr. Putin as potential partners. He criticizes “main-stream media malpractice” in their coverage and commentary on Russia, Mr. Putin, Mr. Trump, Russiagate, and many foreign policy issues.

Mr. Cohen reminds us of the Soviet dissident and nuclear physicist Andrei Sakharov, who accused his government and the Soviet media (compare today’s CNN and MSNBC) for their malpractice and called for dialogue with the United States.

Accepting the bitter reality that Congress with its dismal approval rating is not ready to listen to Messrs. Nunn, Moniz and Cohen, it is left for American people to follow the example of Soviet dissidents to speak out clearly and defiantly against the march toward a nuclear holocaust.

In 2016, Mr. Trump was elected on the pledge to concentrate on domestic problems, extricate the country from the endless wars and end America’s role as the “world policemen.” Unfortunately, so far he has not delivered, but as 2020 approaches, his base needs reassurance that these pledges are not dead.

The reality is belatedly sinking into sober minds that we live in a world where America, despite its economic and military might, can no longer be a hegemon and dictate the rules to the rest of the world. Whether U.S. policymakers like it or not, multipolarity is a reality. The question is whether they are willing to risk extinction of the U.S., and the rest of mankind, in a futile bid to hold onto a “unipolar moment” that has passed, and which brought Americans nothing but debt and danger while it lasted.

A good start would be a trilateral summit of the leaders of U.S., Russia and China — or better yet, a quartet that includes India — to start work on parameters of a new, constructi-

ve international consensus. Everything depends on Mr. Trump, because the other troika members have already met and they would definitely accept his invitation. Such a move by Mr. Trump could not only turn around the sleepwalk toward nuclear war but would help solidify his 2020 win by reminding us why he was elected in the first place.

Edward Lozansky is president of the American University in Moscow.

<http://www.luftpost-kl.de/>

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern